

*Nach einem Bericht Peter Bakers, des Korrespondenten der New York Times im Weißen Haus, planen Obama und sein Nationaler Sicherheitsrat zur Eindämmung Russlands einen neuen Kalten Krieg.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 076/14 – 23.04.14**

## **Obamas Strategie, die wie ein Echo des Kalten Krieges wirkt, zielt darauf, Putin auszuschalten**

Von Peter Baker

The New York Times, 19.04.14

( <http://www.nytimes.com/2014/04/20/world/europe/in-cold-war-echo-obama-strategy-writes-off-putin.html?hpw&rref=world> )

WASHINGTON – Weil sich in der Ukraine-Krise keine einfache Lösung abzeichnet, blicken Obama und sein Nationales Sicherheitsteam bereits über den aktuellen Konflikt hinaus; sie schmieden eine neue Langzeitstrategie zur Eindämmung Russlands, die einer aktualisierten Version der Strategie des Kalten Krieges gleicht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die USA entschlossen, den globalen Ambitionen der Sowjetunion entgegenzutreten. Jetzt ist die Obama-Regierung darauf fokussiert, Russland unter seinem Präsidenten Wladimir W. Putin zu isolieren; die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen Russlands zur Außenwelt sollen gekappt und seine expansionistischen Bestrebungen auf die unmittelbare Nachbarschaft begrenzt werden. Russland soll zum Paria-Staat gemacht werden.

Wie Mitarbeiter durchblicken ließen, legt Obama keinen Wert mehr auf eine konstruktive Beziehung zu Putin – selbst dann nicht, wenn der tote Punkt in der gegenwärtigen Krise um die Krim und die Ukraine überwunden werden könnte. Obama will während seiner restlichen zweieinhalb Amtsjahre nur noch den Schaden begrenzen, den Putin anrichten könnte, die Kooperation (mit Russland) auf ein Minimum beschränken, den Herrn im Kreml ansonsten ignorieren und sich stattdessen auf Gebiete der Außenpolitik konzentrieren, in denen Fortschritte zu erzielen sind.

"Das ist genau die Strategie, die wir verfolgen sollten," erklärte Ivo H. Daalder (s. [http://en.wikipedia.org/wiki/Ivo\\_Daalder](http://en.wikipedia.org/wiki/Ivo_Daalder) ), der früher Obamas NATO-Botschafter war und jetzt Präsident des Chicago Council on Global Affairs (s. [http://en.wikipedia.org/wiki/Chicago\\_Council\\_on\\_Global\\_Affairs](http://en.wikipedia.org/wiki/Chicago_Council_on_Global_Affairs) ) ist. "Wenn wir einfach nur abwarten und Russland immer mehr für sein Verhalten bezahlen lassen, können wir zwar die Probleme mit der Krim und mit der Ostukraine nicht sofort lösen, kommen dafür aber der Lösung unserer Probleme mit Russland näher."

Dieses Umdenken zeigt sich auch schon bei der Auswahl des Botschafters, den Obama demnächst nach Moskau schicken will. Offiziell ist zwar noch nichts entschieden, aber das Weiße Haus will den Karriere-Diplomaten John F. Tefft (s. dazu auch [http://en.wikipedia.org/wiki/John\\_F.\\_Tefft](http://en.wikipedia.org/wiki/John_F._Tefft) ) entsenden, der vorher Botschafter in der Ukraine, in Georgien und in Litauen war.

Als die Suche (nach einem US-Botschafter für Moskau) vor Monaten begann, gab es noch Bedenken gegen Tefft; man fürchtete, seine vorherige Botschaftertätigkeit in ehemaligen

Sowjetrepubliken, die Moskau den Rücken gekehrt haben, werde den Kreml verärgern. Jetzt zögert man nicht mehr, den Kreml zu beleidigen.

Tatsächlich kehrt Obama im Umgang mit Moskau zu einem Verhalten zurück, das 1947 mit dem Diplomaten George F. Kennan (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/George\\_F.\\_Kennan](http://de.wikipedia.org/wiki/George_F._Kennan)) begann und die US-Strategie bis zum Zerfall der Sowjetunion bestimmt hat. Dabei ging und geht es der US-Regierung vor allem darum, eine internationale Koalition gegen Russland zu bilden, zu der diesmal auch China gehören soll, das Russland so lange im UN-Sicherheitsrat unterstützt hat.

Während Obamas langfristige Strategie Gestalt annimmt, wird in seiner Regierung noch darüber diskutiert, wie es kurzfristig weitergehen soll. Bis jetzt konnten die Wirtschaftsberater und Mitarbeiter des Weißen Hauses den vorsichtigen Präsidenten dazu bewegen, seine neue Strategie nur Schritt für Schritt umzusetzen, weil sie befürchten, die wankelmütigen Europäer könnten nicht mitziehen, und das könnte den angeschlagenen Wirtschaften auf beiden Seiten des Atlantiks schaden.

Das Weiße Haus hat eine neue Liste russischer Persönlichkeiten und Einrichtungen vorbereitet, gegen die in den nächsten Tagen Sanktionen verhängt werden sollen, wenn Moskau die am Donnerstag in Genf getroffenen Vereinbarungen zur Entschärfung der Krise (in der Ukraine, s. <http://www.tagesschau.de/ausland/genfer-erklaerung100.html>) nicht umsetzt, womit Obamas Mitarbeiter rechnen. Der Präsident wird die Strafmaßnahmen aber nicht auf ganze Sektoren der russischen Wirtschaft ausdehnen, wie das einige Regierungsvertreter wollen, um eine dramatische Eskalation zu vermeiden.

Die Fraktion der Falken im Außen- und Verteidigungsministerium ist zunehmend frustriert und befürchtet, dass Obama nach außen zu schwach erscheint und unbeabsichtigt die Botschaft aussendet, dass er die von Russland annektierte Krim bereits abgeschrieben hat. Sie fordern schnellere und wirksamere Sanktionen und wollen nicht länger untätig im Weißen Haus herumsitzen und nur Statements verfassen. Obama hat noch nicht einmal Sanktionen gegen die russischen Menschenrechtsverletzer verhängt, deren Liste ihm schon seit dem letzten Winter vorliegt.

"Die tricksen uns aus," warf Senator Bob Corker aus Tennessee, der führende Republikaner im Auswärtigen Ausschuss, den Russen vor und drückte damit ein Gefühl aus, das viele in der Obama-Administration teilen. "Wir beobachten, was sie tun. und versuchen dann, darauf zu antworten," äußerte er am Freitag gegenüber CNN. "Damit machen wir aber eine Politik, die immer einen Tag zu spät regiert und für die wir einen Dollar zu wenig ausgeben."

Im Westflügel des Weißen Hauses (in dem der Präsident residiert) herrscht aber die Ansicht vor, dass Putin, der sich jetzt noch in seinem Erfolg sonnt, bald entdecken wird, wie viel Schaden er der russischen Wirtschaft zugefügt hat. Obamas Mitarbeiter verweisen auf die Kursverluste an der russischen Aktienbörse, den Verfall des Rubels, die Kapitalflucht aus Russland und die zunehmende Unlust ausländischer Kapitalanleger, in Russland zu investieren.

Die von den USA und Europa verhängten Sanktionen seien zwar noch nicht gegen große Teile der russischen Wirtschaft gerichtet, sie hätten aber eine Botschaft an die internationale Geschäftswelt ausgesandt, und die Androhung weiterer Sanktionen habe sich bereits sehr nachteilig (für Russland) ausgewirkt. Wenn die russische Wirtschaft auf lange Sicht noch stärker leide und das von Putin versprochene Wachstum ausbleibe, könne ihm auch die politische Kontrolle entgleiten, glauben höhere Vertreter der US-Regierung.

Auch wenn sich diese Entwicklung nicht besonders schnell vollziehen wird, scheint Obama entschlossen zu sein, die Restzeit seiner Präsidentschaft nicht von dem Konflikt mit Russland beherrschen zu lassen. Obwohl Obama viel Zeit für die Krise in der Ukraine aufwendet, scheint sie ihn nicht besonders zu beschäftigen. Im Gespräch mit privaten Besuchern wendet er sich viel lieber Themen wie der Gesundheitsreform und den Problemen mit den Republikanern im Kongress als dem Ärger mit Putin zu. Dabei erzählt er den Leuten, die Ukraine sei nicht die Hauptsorge der meisten US-Bürger, sie seien viel mehr an der US-Wirtschaft und an Problemen interessiert, die ihnen näher lägen.

Seit der Rückkehr von seiner Europareise im letzten Monat (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP05814\\_290314.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05814_290314.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP06114\\_010414.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP06114_010414.pdf) ) hat sich Obama bei seinen öffentlichen Auftritten auf Probleme wie Berufsausbildung und Mindestlohn konzentriert. Sogar nach der letzte Woche in Genf von seinem Verhandlungsteam ausgehandelten Vereinbarung zur Beilegung der Ukraine-Krise wollte Obama bei seiner Pressekonferenz im Weißen Haus erst nur über die hohen Abschlussrate bei der von ihm durchgesetzten Krankenversicherung sprechen.

Als Reporter, wie zu erwarten war, ihn trotzdem nach der Ukraine fragten, äußerte er Skepsis gegenüber der Genfer Vereinbarung, die sein Außenminister John Kerry gerade ausgehandelt hatte. Dem Reporter, der mit seiner Frage zur Gesundheitsreform zurückkehrte, rief Obama erfreut zu: "Ja, reden wir doch darüber!"

Im Vergleich mit dem Beginn seiner Amtszeit hat Präsident Obama also eine regelrechte Kehrtwende vollzogen, denn damals träumte er noch von einer neuen Partnerschaft mit Russland. Jetzt geht es nur noch darum, was von der entstandenen Zusammenarbeit gerettet werden kann. Erst hat Obama Russland zur Aufnahme in die Welthandelsorganisation / WTO (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Welthandelsorganisation> ) verholfen, und jetzt versucht er den Zugang der Russen zu ausländischen Finanzmärkten zu beschränken.

Beide Seiten haben ihre Verbindungen aber nicht vollständig gekappt. US-Truppen ziehen mit ihrer Ausrüstung weiterhin über russisches Territorium aus Afghanistan ab. Astronauten aus beiden Staaten halten sich gemeinsam in der Internationalen Raumstation auf und werden mit russischen Raketen gebracht und abgeholt. Auch ein gemeinsames Programm zur Stilllegung alter russischer Waffensysteme läuft weiter.

Die Atomwaffenkontrollen, die der von Obama (2010 in Prag) unterzeichnete New-START-Vertrag (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Strategic\\_Arms\\_Reduction\\_Treaty#New\\_START](http://de.wikipedia.org/wiki/Strategic_Arms_Reduction_Treaty#New_START) ) vorsieht, finden weiterhin statt. Die US Air Force schießt immer noch ihre militärischen Satelliten mit Raketen in den Weltraum, die russische Triebwerke haben, will das aber überdenken. Die USA haben auch noch nicht versucht, Russland wieder aus der WTO zu verdrängen. Und die Obama-Regierung arbeitet auch noch bei der Beseitigung der syrischen Chemiewaffen und in den Verhandlungen über die Reduzierung des iranischen Atomprogramms mit Russland zusammen.

"Die Verschlechterung der Beziehungen zu Russland und der mittlerweile übliche rauere Umgangston werden sich natürlich auch darauf auswirken," nimmt Graham Allison, der Direktor des Belfer Center for Science and International Affairs der Harvard University (s. [http://en.wikipedia.org/wiki/Belfer\\_Center\\_for\\_Science\\_and\\_International\\_Affairs](http://en.wikipedia.org/wiki/Belfer_Center_for_Science_and_International_Affairs) ), an, der schon mehrere US-Regierungen in Russland und die Verteidigungspolitik betreffenden Fragen beraten hat. "Trotzdem gibt es wichtige Probleme, die auch weiterhin in Zusammenarbeit mit Russland gelöst werden müssen."

Die Beziehungen (zu Russland) werden sich aber auch dann nicht wieder normalisieren können, wenn sich die Situation in der Ukraine beruhigt hat, glauben Experten. "Es hat wirklich ein Sinneswandel in Bezug auf Russland stattgefunden – nicht nur in den USA, sondern auch in Europa," stellte Robert Nurick, ein Russland-Experte im Atlantic Council, (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Atlantic\\_Council](http://de.wikipedia.org/wiki/Atlantic_Council) ) fest. "Viele der bisherigen Annahmen darüber, was möglicherweise erreicht werden könnte, haben sich als falsch erwiesen, und das wird sich auch nicht mehr ändern, so lange Putin an der Macht bleibt."

Nurick fügte noch hinzu, innerhalb der US-Regierung habe bereits die Diskussion darüber begonnen, unter welchen Bedingungen sich die USA und Russland in Zukunft wieder annähern könnten. "Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass diese Regierung noch viel politisches Kapital in ihre Beziehung zum heutigen Russland investiert; sie wird nur so viel dafür tun, dass andere Dinge, die ihr wichtiger als Russland sind, keinen allzu großen Schaden nehmen."

*(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Unter [http://en.wikipedia.org/wiki/Peter\\_Baker\\_%28author%29](http://en.wikipedia.org/wiki/Peter_Baker_%28author%29) ist nachzulesen, dass sein Autor Peter Baker als Korrespondent der New York Times, der wichtigsten Zeitung der USA, beste Kontakte zu Obama und dessen Regierung hat. Wenn Baker in der New York Times verkündet, die US-Regierung wolle eine neuen Kalten Krieg mit Russland vom Zaun brechen und auch die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen Europas zu Russland kappen, dann ist diese Ankündigung ernst zu nehmen. Alle Europäer, die im nächsten Winter nicht frieren oder unverhofft in einem atomaren Inferno verglühen wollen, sollten ihren Abgeordneten und Richtern unmissverständlich klarmachen, dass sie nicht wie die Lemminge hinter US-hörigen Regierungen in den Untergang taumeln wollen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*

---

## The New York Times

### In Cold War Echo, Obama Strategy Writes Off Putin

By PETER BAKER

APRIL 19, 2014

WASHINGTON – Even as the crisis in Ukraine continues to defy easy resolution, President Obama and his national security team are looking beyond the immediate conflict to forge a new long-term approach to Russia that applies an updated version of the Cold War strategy of containment.

Just as the United States resolved in the aftermath of World War II to counter the Soviet Union and its global ambitions, Mr. Obama is focused on isolating President Vladimir V. Putin's Russia by cutting off its economic and political ties to the outside world, limiting its expansionist ambitions in its own neighborhood and effectively making it a pariah state.

Mr. Obama has concluded that even if there is a resolution to the current standoff over Crimea and eastern Ukraine, he will never have a constructive relationship with Mr. Putin, aides said. As a result, Mr. Obama will spend his final two and a half years in office trying to minimize the disruption Mr. Putin can cause, preserve whatever marginal cooperation can be saved and otherwise ignore the master of the Kremlin in favor of other foreign policy areas where progress remains possible.

"That is the strategy we ought to be pursuing," said Ivo H. Daalder, formerly Mr. Obama's ambassador to NATO and now president of the Chicago Council on Global Affairs. "If you

just stand there, be confident and raise the cost gradually and increasingly to Russia, that doesn't solve your Crimea problem and it probably doesn't solve your eastern Ukraine problem. But it may solve your Russia problem."

The manifestation of this thinking can be seen in Mr. Obama's pending choice for the next ambassador to Moscow. While not officially final, the White House is preparing to nominate John F. Tefft, a career diplomat who previously served as ambassador to Ukraine, Georgia and Lithuania.

When the search began months ago, administration officials were leery of sending Mr. Tefft because of concern that his experience in former Soviet republics that have flouted Moscow's influence would irritate Russia. Now, officials said, there is no reluctance to offend the Kremlin.

In effect, Mr. Obama is retrofitting for a new age the approach to Moscow that was first set out by the diplomat George F. Kennan in 1947 and that dominated American strategy through the fall of the Soviet Union. The administration's priority is to hold together an international consensus against Russia, including even China, its longtime supporter on the United Nations Security Council.

While Mr. Obama's long-term approach takes shape, though, a quiet debate has roiled his administration over how far to go in the short term. So far, economic advisers and White House aides urging a measured approach have won out, prevailing upon a cautious president to take one incremental step at a time out of fear of getting too far ahead of skittish Europeans and risking damage to still-fragile economies on both sides of the Atlantic.

The White House has prepared another list of Russian figures and institutions to sanction in the next few days if Moscow does not follow through on an agreement sealed in Geneva on Thursday to defuse the crisis, as Obama aides anticipate. But the president will not extend the punitive measures to whole sectors of the Russian economy, as some administration officials prefer, absent a dramatic escalation.

The more hawkish faction in the State and Defense Departments has grown increasingly frustrated, privately worrying that Mr. Obama has come across as weak and unintentionally sent the message that he has written off Crimea after Russia's annexation. They have pressed for faster and more expansive sanctions, only to wait while memos sit in the White House without action. Mr. Obama has not even imposed sanctions on a list of Russian human rights violators waiting for approval since last winter.

"They're playing us," Senator Bob Corker of Tennessee, the ranking Republican on the Foreign Relations Committee, said of the Russians, expressing a sentiment that is also shared by some inside the Obama administration. "We continue to watch what they're doing and try to respond to that," he said on CNN on Friday. "But it seems that in doing so, we create a policy that's always a day late and a dollar short."

The prevailing view in the West Wing, though, is that while Mr. Putin seems for now to be enjoying the glow of success, he will eventually discover how much economic harm he has brought on his country. Mr. Obama's aides noted the fall of the Russian stock market and the ruble, capital flight from the country and the increasing reluctance of foreign investors to expand dealings in Russia.

They argued that while American and European sanctions have not yet targeted wide parts of the Russian economy, they have sent a message to international businesses, and

that just the threat of broader measures has produced a chilling effect. If the Russian economy suffers over the long term, senior American officials said, then Mr. Putin's implicit compact with the Russian public promising growth for political control could be sundered.

That may not happen quickly, however, and in the meantime, Mr. Obama seems intent on not letting Russia dominate his presidency. While Mr. Obama spends a lot of time on the Ukraine crisis, it does not seem to absorb him. Speaking privately with visitors, he is more likely to bring up topics like health care and the Republicans in Congress than Mr. Putin. Ukraine, he tells people, is not a major concern for most Americans, who are focused on the economy and other issues closer to home.

Since returning from a trip to Europe last month, Mr. Obama has concentrated his public schedule around issues like job training and the minimum wage. Even after his diplomatic team reached the Geneva agreement to de-escalate the crisis last week, Mr. Obama headed to the White House briefing room not to talk about that but to hail new enrollment numbers he said validated his health care program.

Reporters asked about Ukraine anyway, as he knew they would, and he expressed skepticism about the prospects of the Geneva accord that his secretary of state, John Kerry, had just brokered. But when a reporter turned the subject back to health care, Mr. Obama happily exclaimed, "Yeah, let's talk about that."

That represents a remarkable turnaround from the start of Mr. Obama's presidency, when he nursed dreams of forging a new partnership with Russia. Now the question is how much of the relationship can be saved. Mr. Obama helped Russia gain admission to the World Trade Organization; now he is working to limit its access to external financial markets.

But the two sides have not completely cut off ties. American troops and equipment are still traveling through Russian territory en route to and from Afghanistan. Astronauts from the two countries are currently in orbit together at the International Space Station, supplied by Russian rockets. A joint program decommissioning old Russian weapons systems has not been curtailed.

Nuclear inspections under the New Start arms control treaty Mr. Obama signed in his first term continue. The Air Force still relies on rockets with Russian-made engines to launch military satellites into space, although it is reviewing that. The United States has not moved to try to push Russia out of the W.T.O. And the Obama administration is still working with Russia on disarming Syria's chemical weapons and negotiating a deal with Iran to curtail its nuclear program.

"You can't isolate everything from a general worsening of the relationship and the rhetoric," said Graham Allison, director of the Belfer Center for Science and International Affairs at Harvard University and an adviser to multiple administrations on Russia and defense policy. "But there's still very high priority business that we have to try to do with Russia."

Still, the relationship cannot return to normal either, even if the Ukraine situation is settled soon, specialists said. "There's really been a sea change not only here but in much of Europe about Russia," said Robert Nurick, a Russia expert at the Atlantic Council. "A lot of the old assumptions about what we were doing and where we were going and what was possible are gone, and will stay that way as long as Putin's there."

Mr. Nurick said discussion had already begun inside the administration about where and under what conditions the United States might engage with Russia in the future. "But I

can't imagine this administration expending a lot of political capital on this relationship except to manage it so that the other things they care about a lot more than Russia are not injured too badly," he said.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**